

Altlasten abräumen

VV der KZVB – 2017 voraussichtlich keine Puffertage

Fast ein Jahr nach Amtsantritt des neuen Vorstands musste sich die Vertreterversammlung (VV) der KZVB Ende November erneut mit Altlasten aus der Zeit der Vorgänger beschäftigen. Rückforderungen der AOK Bayern und Steuerzahlungen in erheblichem Ausmaß für die Jahre 2005 bis 2016 erforderten die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts. Doch es gibt auch eine gute Nachricht für alle bayerischen Vertragszahnärzte: In diesem Jahr wird es wahrscheinlich keine „Puffertage“ geben.

Gleich mehrere „offene Baustellen“ hätten er und seine beiden Vorstandskollegen Dr. Rüdiger Schott und Dr. Manfred Kinner in der KZVB vorgefunden, betonte der Vorsitzende des Vorstands Christian Berger. Von einem „wohlbestelltem Haus“ könne angesichts der Bilanz des früheren, ZZB-geführten Vorstands nicht die Rede sein. Das Wohnbauprojekt, das der neue Vorstand „geerbt“ habe, werde aufgrund der bereits erfolgten Ausgaben weitergeführt. „Die Kostensteigerungen in Millionenhöhe hätten jeden privaten Investor bereits an den Rand der Zahlungsfähigkeit geführt. Wir werden alles tun, um weitere Mehrkosten zu verhindern“, so Berger. Sinnvoller als das mit knapper Mehrheit durchgesetzte Wohnbauprojekt wäre jedoch eine Gesamtplanung für das Grundstück Fallstraße 34 inklusive eines Sanierungskonzepts für das in die Jahre gekommene Zahnärztheaus gewesen.

Als weitere gravierende Belastung nannte er die bei Amtsübernahme noch anhängigen Rechtsstreitigkeiten mit der AOK Bayern. Die Forderungen für die Jahre 2009 bis 2016 gegenüber der KZVB beliefen sich auf rund 20 Millionen Euro. „Sie schwebten wie ein Damoklesschwert über der KZVB. Der alte Vorstand hatte dafür keine Rückstellungen im Haushalt gebildet. Wir dagegen sind keine Hasardeure, die darauf hoffen, vor Gericht zu siegen, ohne Risikoversorge zu betreiben. Wir sind verantwortungsvolle Vorstandsmitglieder, die auf dem Verhandlungsweg eine Einigung mit der AOK Bayern erzielen konnten, von der alle Vertragszahnärzte in Bayern profitieren“, so Berger. Aufgrund der Vergütungsvereinbarung, die der neue, FVDZ-geführte

Vorstand mit der AOK Bayern abgeschlossen habe, könne man Budgetüberschreitungen und die für alle Beteiligten leidigen Puffertage in diesem Jahr aller Wahrscheinlichkeit nach vermeiden. Einstimmig verabschiedete die VV einen Antrag, demzufolge der Vorstand einen neuen Honorarverteilungsmaßstab (HVM) erarbeiten soll, der keine Puffertage mehr vorsieht.

Die aktuell größte Herausforderung für den neuen Vorstand liege jedoch in der Steuerproblematik. Die KZVB habe nach intensiver Prüfung durch einen renommierten Steuerfachanwalt eine steuerliche Nacherklärung abgegeben. Zuvor hätten zahlreiche Vorgänge bis zurück ins Jahr 2006 auf ihre steuerliche Relevanz hin geprüft werden müssen. „Wir können Ihnen noch nicht sagen, zu welcher Beurteilung das Finanzamt gelangt“, so Berger gegenüber den 27 Delegierten der VV. Um korrekt und sicher zu handeln, hat der Vorstand eine Steuernachzahlung von etwa 1,7 Millionen Euro entrichtet. Hinzu kommen Zinsaufwand und Anwaltskosten. Um die Haftungsfrage zu klären, wurde ein fraktionsübergreifender Ausschuss gegründet.

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott hob die Dienstleistungen der KZVB hervor. Informationen und Beratung stünden dabei im Mittelpunkt. Die Fortbildung werde künftig durch die eazf koordiniert. „Das beendet die unselige Konkurrenz auf diesem Sektor und schafft neue Synergien.“

Vorstand Dr. Manfred Kinner ging auf die neue Gesprächs- und Verhandlungskultur mit der AOK Bayern ein: „Wir sind nicht immer einer Meinung, aber wir führen den Streit mit Argumenten, und nicht mit Emotionen.“ Die neue, elektronische Abrechnungsmappe der KZVB, die 2018 online gehen werde, zeige, dass die Digitalisierung für die Praxen auch Vorteile haben könne. Bei dem vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Online-Rollout der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) bietet die KZVB den Zahnärzten bestmögliche Hilfe und Unterstützung.

In einem Leitantrag formulierten die Delegierten zudem ihre Erwartungen an die neue Bundesregierung.